

# Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft  
Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736-0  
sekretariat@koelner-hug.de



www.koelner-hug.de

---

## Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, den 17.03.2022

---

### **Immobilieigentum unerwünscht**

### **Ratsbündnis will Immobilienerwerb auf städtischen Grundstücken ausschließen**

Ursprünglich plante das Ratsbündnis auf Grünen, CDU und Volt, städtische Grundstücke für den Wohnungsbau *vornehmlich* im Erbpachtmodell vergeben zu wollen, und dies hauptsächlich an Bestandshalter, also an Vermieter. Eine Ausschließlichkeit wurde bei den Beratungen im Wohnungsbauforum vehement abgestritten. Eigentumserwerb sollte in gewissem Maße auch weiterhin möglich bleiben.

Nun will das Ratsbündnis am 17. März 2022 des Liegenschaftsausschusses beschließen, dass der Eigentumserwerb auf städtischen Grundstücken, die in Erbpacht vergeben werden, komplett ausgeschlossen werden soll.

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein sieht zum einen ein weiteres Mal die Teilnehmer des Wohnungsbauforums hintergangen. Es ist ein schlechter Stil, wenn man Vorlagen berät, die man nach der Beratung umgehend ändert. Es stellt sich die Frage, warum die Änderung nicht gleich so in die Vorlage eingebracht wurde.

Darüber hinaus ist es für eine Stadt generell schädlich, den Eigentumserwerb derart zu beschränken. Die Stadt Köln ist mit einer der größten Grundeigentümer. Wenn der Grunderwerb nur noch auf privaten Flächen möglich sein wird, dann sendet die Stadt ein eindeutiges Zeichen an Immobilieneigentümer, dass diese unerwünscht sind. Dabei geht es nicht allein um die zahlungskräftige Klientel, sondern vor allem um die Mittelschicht. Diese wird sich in Zukunft noch verstärkt in den Umlandgemeinden nach Wohneigentum umsehen.

Mit dem Beschluss widerspricht das Ratsbündnis auch seinen eigenen Zielen von gemischten Stadtquartieren. Wie wird sich z.B. eine Parkstadt-Süd entwickeln, wenn hier ausschließlich nur noch Mietwohnungsbau möglich sein wird?

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein fordert daher die Parteien des Ratsbündnisses auf, den Beschlussvorschlag, den Erwerb von Wohneigentum auf städtischen Grundstücken auszuschließen, zurückzuziehen und sich auch weiterhin für das Wohneigentum in dieser Stadt auszusprechen.

fdR  
Thomas Tewes  
Hauptgeschäftsführer